

Gerhard Paul

**Widerstand an der Saar -
Bilanz eines Forschungsprojektes**

(Beiträge zur Regionalgeschichte, Heft 17, 1993)

Beiträge
zur
Regionalgeschichte

17

BRAUNE JAHRE - WIE DIE BEVÖLKERUNG AN DER SAAR DIE NS-ZEIT ERLEBTE

Gerhard Paul

Widerstand an der Saar - Bilanz eines Forschungsprojektes



VFG-Verlag

Paul, Gerhard:

Widerstand an der Saar : Bilanz eines Forschungsprojektes/
Gerhard Paul. VFG ; [Geschichtswerkstatt, VFG]. - St. Ingbert
: VFG-Verl., 1993
(Beiträge zur Regionalgeschichte ; 17 : Braune Jahre - wie die
Bevölkerung an der Saar die NS-Zeit erlebte)
ISBN 3-928419-20-X
NE: GT

© by VFG-VERLAG
JOSEFSTALER STRASSE 8
6670 ST.INGBERT
TELEFON 06894/383295

Exemplare können beim Verlag bzw. über den Buchhandel bezogen
werden. Bei Postversand zzgl. Porto.

Für Fördermitglieder im
VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER GESCHICHTSARBEIT IM
SAAR—LOR—LUX—RAUM E. V. (VFG)
ist der Bezug eines Exemplares im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Alle Urheber- und Verlagsrechte vorbehalten!
Dies gilt insbesondere für Vervielfältigung, Mikro-
verfilmung, Einspeicherung in und Verarbeitung
durch elektronische Systeme.

Druck: Blattlaus Druckwerkstatt Saarbrücken
Titelbild: „Der Freiheit den Sieg“ - Kundgebung
in Neunkirchen (August 1933)
(Foto: Bestand Gerhard Paul)

ISBN 3-928419-20-X

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Herausgeberin	6
1. Einleitung	7
2. Fragen, Paradigmen und Quellen	8
3. Ergebnisse:	12
3.1 Volk ohne Widerstand	12
3.2 Exil als widersprüchlicher Erfahrungsprozeß	20
3.3 Zur politischen Kultur des Widerstandes	24
3.4 Das NS-Herrschaftssystem	26
3.5 Opferbilanz	32
4. Resonanz und Kritik	33
5. Anmerkungen	35
6. Veröffentlichungen aus dem Kontext des Forschungsprojektes	36
7. Der Autor	38

VORWORT DER HERAUSGEBERIN

TeilnehmerINNEN des Gesprächskreises für Stadt- und Regionalgeschichte, den die GESCHICHTSWERKSTATT im VFG seit nunmehr vier Jahren betreut, schlugen 1991/92 vor, sich dem Thema "Nationalsozialismus" intensiver zu widmen. Sie wünschten, neben der Vermittlung eines allgemeinen Daten- und Faktengerüsts, konkrete Informationen über die Auswirkungen "dieses Systems" auf das alltägliche Leben der Menschen. Der Gesprächskreis lud zu diesem Zwecke auch St. Ingberter BürgerINNEN zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch ein. Aus dem immer dichter werdenden Gefühl, daß keine Generation und kein Milieu von vornherein gegen vereinnahmende Tendenzen resistent sind, wuchs unter den TeilnehmerINNEN das Bedürfnis nach zusätzlichen Informationen. Gleichzeitig machten sich in der BRD zunehmend Kreise bemerkbar, die sich -leider erfolgreich!- bemühen, rechtsradikales Gedankengut, wobei sich einige ausdrücklich auf den Nationalsozialismus beziehen, zu verbreiten, es durch Worte und Taten erneut zu einem legalen und anerkannten Instrument der Innen- und Außenpolitik zu machen. Diesen Bestrebungen gilt es entgegenzutreten, ihnen Einhalt zu gebieten. Engagierter Widerspruch ist eine dieser Möglichkeiten.

Mit der Vortragsreihe "Braune Jahre - Wie die Bevölkerung an der Saar die NS-Zeit erlebte", will die GESCHICHTSWERKSTATT IM VFG Mut zum Widersprechen machen und Diskussionsbeiträge liefern. Auch wenn im Einzelfall mit den AgitatorINNEN eine Diskussion nicht möglich erscheint, gilt es, ihren "schlagenden Argumenten" mit Zivilcourage und Sachinformationen zu begegnen. Einige der notwendigen Hintergrund- und Detailinformationen wollen unsere BEITRÄGE liefern. In diesem Sinne hoffen wir auf eine breite Resonanz und Betroffenheit.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat ebenso wie die Volkshochschule St. Ingbert, mit der wir auch in diesem Jahr wieder eng und gerne zusammenarbeiten, wichtige Unterstützung geleistet.

St. Ingbert im Februar 1993

GESCHICHTSWERKSTATT IM VFG

WIDERSTAND AN DER SAAR Bilanz eines Forschungsprojektes

Gerhard Paul

1. Einleitung

Unter dem offiziellen Titel "Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935 - 1945" begann im Januar 1988 nach intensiven Vorarbeiten ein wissenschaftliches Unternehmen, das von Klaus-Michael Mallmann und mir durchgeführt wurde und sich nach dem Bayern-Projekt des Münchener Instituts für Zeitgeschichte zum größten regionalgeschichtlichen Forschungsunternehmen zum deutschen Widerstand entwickelte. Das von Prof. Hans-Walter Herrmann geleitete und organisatorisch am Saarbrücker Landesarchiv angesiedelte Forschungsprojekt, das gegenwärtig seinen Abschluß findet, wurde im Rahmen des Förderungsschwerpunktes "Deutscher Widerstand 1933 - 1945" von der Stiftung Volkswagen in Hannover mit insgesamt etwa 700.000 DM finanziell unterstützt. Hinzu kamen bislang etwa 45.000 DM, die die Saarland-Sporttoto GmbH an Druckkostenzuschüssen für die beiden bislang erschienenen Publikationen "Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler" (Bonn 1989) und "Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich" (Bonn 1991) zur Verfügung stellte. Entgegen der für einen breiteren Leserkreis bestimmten Biographiensammlung des ersten Bandes enthielt der primär an ein wissenschaftliches Publikum adressierte zweite Band eine strukturgeschichtliche Analyse jenes demographischen, sozioökonomischen und politischen "Gelände des Widerstandes", in dem sich Widerstand und Verweigerung entfalteten und in dem Anpassung gedieh. Ein abschließender dritter Band mit einer vergleichenden Verhaltensanalyse der dominanten Milieus gegenüber dem Nationalsozialismus wird 1994 erscheinen. Nach dem offiziellen Abschluß des Forschungsprojektes zum Jahresende 1992 soll an dieser Stelle eine erste, in manchem sicherlich noch vorläufige und subjektive Bilanz gezogen werden. Skizzieren möchte ich die erkenntnisleitenden Fragen und Paradigmen unserer mehrjährigen Forschungen, ihrer zugrundeliegenden Quellen, ihre wichtigsten Resultate sowie erste Resonanzen.

2. Fragen, Paradigmen und Quellen

Entgegen dem ursprünglichen Forschungsplan schoß unser Projekt schnell über die eigentliche Thematik der Untersuchung der Organisations- und Handlungsmuster, der Erfahrungen und politischen Vorstellungen sowie der sozialen Zusammensetzung jener Gruppen, die sich dem Nationalsozialismus widersetzen, und der zeitlichen Begrenzung auf die zehn braunen Jahre hinaus. Um die politischen und moralischen Bedeutungen und die Strukturen von Dissens, Verweigerung und Widerstand exakter bestimmen zu können, weitete es sich aus zu einer allgemeineren Sozialgeschichte des Dritten Reiches und des Saarreviers. Untersucht wurden nun auch die Formen, Bedingungen und Grenzen der NS-Herrschaft sowie die aus der Geschichte des Saarlandes herrührenden vielfältigen Traditionslasten. Wir folgten einem von Martin Broszat vorgeschlagenen, aber vom Bayern-Projekt selbst nicht eingelösten Paradigmenwechsel in der Widerstandsforschung¹, statt eindimensionaler Widerstandsmonographien stärker auf die Interdependenz von Herrschaft und Widerstand abzielen. In diesem Zusammenhang interessierten uns speziell drei Fragen:

- War die Gestapo als Zentralinstitution des NS-Maßnahmenstaates wirklich die allgegenwärtige, allmächtige und allwissende Geheimpolizei, die den Widerstand im Schach hielt, wie dies ihr langlebiger Mythos behauptete? Wer arbeitete ihr zu? Wie verhielten sich die einst NS-resistenten Milieus gegenüber der Gestapo?
- Welche loyalitätsbildenden Kräfte übten die sozialen Innovationen der NS-Ära, die NS-Volksgemeinschaftsparole und die soziale Propaganda des saarpfälzischen NSDAP-Gauleiters und Reichskommissars für das Saarland, Josef Bürckel, auf die verschiedenen Milieus aus?
- Wie intensiv durchdrang der Nationalsozialismus mit seinen Vorstellungen und seiner Politik die deutsche Gesellschaft? Wo existierten Widersprüche und Nischen normalen Lebens, in denen sich Dissens und Verweigerung entfalten konnten?

Statt Herrschaft und Widerstand als entgegengesetzte Pole zu begreifen, schien uns das Konzept der Aneignung von Herrschaft sinnvoller, wie es der Göttinger Historiker Alf Lüdtke² entwickelt hat. Dieses sieht Herrschaft nicht nur als Aktivum und die ihr unterworfenen Menschen als Passivum, sondern begreift beide als sich wechselseitig beeinflussend, verändernd und aufeinander reagierend. Das Ergebnis dieser Produktion von Verhaltensweisen durch die je unterschiedliche Aneignung der Verhältnisse ist dann eine breite Palette sich widersprechender, aber auch ergänzender Verhaltensweisen, eine Gemengelage aus Mitmachen, Adaption, Umbiegen, Sich-nutzbar-Machen, Eigensinn und Widerstehen.

Ein zweiter Paradigmenwechsel betraf die angestrebte Alltagsorientierung unseres Forschungsunternehmens. Während Herrschaft der eine, unseren Gegenstand und damit unsere Untersuchungen strukturierende Pol war, stellte Alltag die andere Seite dar. Unter Alltag verstehen wir dabei die subjektiv-situative Innenseite der Wirklichkeit: die Vielfalt der situativen Rahmenbedingungen von Einstellungs- und Handlungsmustern, die spezifischen Arbeits- und Lebensformen der Menschen, ihre Formen der Verarbeitung politischer und ökonomischer Prozesse, die subjektive Dimension der Einstellungen, Motive, Ressentiments, Hoffnungen und Ängste. Jenseits der ausgetretenen Pfade der Institutionen- und Organisationsgeschichte des Widerstandes interessierte uns dieser Alltag der zu Verweigerung und Widerstand bereiten Menschen.

Die immer stärker differenzierende Widerstandsforschung hat nicht nur den organisationsgeschichtlichen Ansatz und damit Partei/Gewerkschaft als zentralen Bezugspunkt obsolet werden lassen, sie hat auch die soziale Kategorie der Klasse in ihrer analytischen Bedeutung stark relativiert. Zur Erklärung widerständigen Verhaltens haben wir uns daher des Konzeptes des Milieus bedient, wie es Rainer M. Lepsius³ skizziert und wir es in früheren Studien bereits erprobt und weiterentwickelt haben⁴. Damit sollte es möglich werden, gerade auch die jenseits der Klassenlage wirksamen Momente der Heterogenisierung und das aus ihnen resultierende Netzwerk einer alltagsweltlich begründeten Gesinnungsgemeinschaft zu erfassen. Bei der Analyse der Milieus spielten strukturelle Merkmale wie die Zusammensetzung nach den Kriterien von Generation, Geschlecht, Konfession und sozialer Lage ebenso eine Rolle wie Form und Intensität von Kommunikation und Interaktion, vor allem aber auch die politisch-kulturelle Dimension der Deutungs- und Orientierungsmuster für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Geschichtsschreibung lebt nicht nur von den forschungsleitenden Unterlegungen und den strukturierenden Begriffen. Nicht zuletzt steht und fällt sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Quellen. Das Wissen, daß Konzeptionen hehre Postulate bleiben, solange die aussagefähigen Quellen fehlen, bewegte uns von Anfang an dazu, neben der Ausschöpfung der im Saarland bislang verfügbaren und im Vergleich zu anderen Regionen eher unterdurchschnittlichen Quellenlage, durch die Heranziehung bislang unbekannter bzw. unerschlossener Bestände eine deutliche Verbesserung anzustreben. Dieses Vorhaben glückte insbesondere in zwei unterschiedlichen Bereichen, die für die historische Forschung in der Bundesrepublik bislang nahezu unzugänglich waren. Zum einen gelang es dem Saarbrücker Landesarchiv, den gesamten, etwa 40.000 Akten umfassenden Bestand des saarländischen Landesentschädigungsamtes zu übernehmen und unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen dem Projekt zur Auswertung zur Verfügung zu stellen. Dieser Bestand stellt die einzige Quellengruppe dar, die annähernd einen sachgemäßen Überblick über den Widerstand im Saarland erlaubt. Für die Historiographie über die NS-Zeit eröffnet die Benutzung von Wiedergutmachungsakten sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht eine neue Qualität des analytischen Zugriffs. Mit Hilfe serieller Verfahren wurde es uns so möglich, relevante Tatbestände wie Verfolgungsintensität und Deliktstrukturen, regionale Streuungen und generationelle Zuordnungen quantifizierend zu erfassen. In qualitativer Hinsicht zeichnen sich die Wiedergutmachungsakten dadurch aus, daß sie neben Urteilen, Anklageschriften, Fotografien und privaten Dokumenten in hoher Zahl auch subjektive Schilderungen enthalten, die unabhängig von den situativen Zwängen, wie sie Gestapo-Verhöre darstellen, das eigene Handeln reflektieren und Einblicke in Motivationen und milieumäßige Einbindungen, Strukturen und Formen illegaler Arbeit erlauben. Auf diese Weise konnten jeweils knapp 50 % aller vor der Rückgliederung des Saargebietes noch aktiven Sozialdemokraten und Kommunisten biographisch erfaßt und in ihrem weiteren Werdegang im Dritten Reich bzw. im Exil ausgewertet werden. Darüber hinaus gelang es uns in den Bistumsarchiven von Trier und Speyer, Einblick in die Personalakten sämtlicher katholischer Pfarrer, die während der NS-Zeit im Saarland tätig waren, zu nehmen und damit auch einen wichtigen Kernbereich des katholischen Milieus auszuleuchten. Die in diesen Daten liegende Chance der kollektiven Biographie kann gewiß keine qualitative Analyse ersetzen, wohl aber die Lebenswelt von Teilgruppen auf hochaggregierten Niveau auch mit quantitativen Mitteln erschließen und Erfahrungsräume erfassen.

Zum anderen erwiesen sich die Bestände des Zentralen Parteiarchivs des früheren Instituts für Marxismus-Leninismus in Berlin (DDR), die uns großzügig geöffnet wurden, als eine schier unerschöpfliche Fundgrube. Durch die liberale Handhabung bei der Auswahl und Vorlage der Restakten des Gestapa, einzelner Stapo-Stellen, des Sicherheitsdienstes der SS, des Reichssicherheitshauptamtes, des Volksgerichtshofes und der Oberlandesgerichte, die die Komplementärbestände in der Bundesrepublik und in West-Berlin quantitativ weit übertrafen, ergab sich für unser Projekt eine ungewöhnlich gute Überlieferung bezüglich der Instanzen des Maßnahmenstaates und der politischen Justiz. Darüber hinaus gelang es, mit den Akten der Forbacher Grenzstellen von KPD, SPD und des Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, einen zentralen Quellenbestand des Widerstandes selbst zu Tage zu fördern, der es erstmals auf breiter Quellenbasis erlaubte, die Struktur und Arbeitsweise von Grenzstellen und Abschnittsleitungen zu rekonstruieren sowie die Wechselwirkungen von illegalem Widerstand im Land und im Exil zu analysieren. Nicht zuletzt konnte Klaus-Michael Mallmann im Zentralen Parteiarchiv der SED erstmals die gesamte parteiinterne Überlieferung der KPD und ihrer Nebenorganisationen aus der Weimarer Republik und der NS-Ära einsehen und damit die Geschichte der KPD-Bezirksleitung Saar von ihren Anfängen bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges rekonstruieren. Insgesamt wurden von uns - in Teilbereichen unterstützt von Hans-Henning Krämer und Barbara Hoen - Saarbetreffe in 30 in- und ausländischen Archiven sowie in 35 Zeitungen und Zeitschriften ausgewertet. Schließlich konnten vor- und während der Arbeit an dem Forschungsprojekt zeitgeschichtliche Befragungen von etwa 80 Personen durchgeführt werden, die das schriftliche Quellenmaterial in vielen Punkten ergänzten. Entgegen unserer ursprünglichen Erwartungen verfügte unser Forschungsunternehmen damit über eine derartige Quellendichte, von der vergleichbare Projekte nur träumen können.

Während des Forschungsprozesses hatten wir eine Reihe eigener Vorstellungen und Vor-Urteile zu korrigieren, denen wir in den vergangenen Jahren selbst aufgesessen waren. Unser Projekt beinhaltete damit einen doppelten Lernprozeß über die Geschichte des Saarlandes und seiner Menschen sowie allgemein über Charakter und Wesen von Nationalsozialismus und Widerstand. Zu korrigieren hatten wir zunächst die Vorstellung vom Saarland als einer durch Kirchen- und Klassenkampf geprägten widerspenstigen Region⁵. Anders als in "Die saarländische Sphinx" behauptet, war vor allem die katholische Kirche

kein "Hort des Widerstandes" gegen die Bedrohung der kirchlichen Institutionen, die den braunen Herren "schwer zu schaffen machte"⁶. Anders als wir dies vermutet hatten, war auch die KPD-Basis kein willenloser Reflex von Bezirksleitung und Zentralkomitee, die deren Direktiven blind befolgte, sondern verfügte trotz aller Autoritätshörigkeit über eine Portion Eigensinn. Weniger euphorisch mußten wir schließlich die Volks- und Einheitsfronterfahrungen im Exil und insbesondere im Spanischen Bürgerkrieg einschätzen⁷.

3. Ergebnisse

3.1 Volk ohne Widerstand

Trotz der oft überraschend vielfältigen Formen von Dissens und partieller Verweigerung - angefangen vom Heimtückediskurs, über Arbeitsverweigerung und dem verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen bis hin zur Desertion - überraschte das geringe Maß von Widerständigkeit selbst in den einst NS-resistenten Milieus und hier vor allem unter Katholiken und Sozialdemokraten. Anders als zunächst angenommen blieben die Saarländer bis auf marginale Ausnahmen insbesondere aus dem kommunistischen Flügel des linksproletarischen Milieus ein "Volk ohne Widerstand". Bis in die letzten Kriegswochen funktionierte der Grundkonsens der übergroßen Bevölkerungsmehrheit mit dem NS-Regime. Wenn überhaupt, so entfaltete sich Widerstand von Saarländern außerhalb des Saarlandes als politischer Widerstand im Exil, in den politischen Exilorganisationen in Frankreich, im bewaffneten Kampf innerhalb der Internationalen Brigaden in Spanien und innerhalb der französischen Résistance.

Der Widerstand an der Saar und im Exil rekrutierte sich vorrangig aus jenen etwa 46.600 Saarländern, die als harter Kern des linksproletarischen Milieus die vorangegangenen Prozesse der Milieuerosion überlebt und am 13. Januar 1935 der Status quo-Lösung der Saarfrage ihre Stimme gegeben hatten. Während etwa 6.000 Saarländer nach dem Abstimmungsdesaster emigrierten, bildeten die verbliebenen 40.000 Status quo-Anhänger aus der Sicht der NS-Behörden einen potentiellen Herd der Unruhe und des Widerstandes, den es zu befrieden galt. Tatsächlich jedoch waren es nicht mehr als maximal 500 Saarländer - und von diesen wiederum etwa 90 % Kommunisten -, die sich zeitweise an illegalen Aktivitäten gegen das NS-Regime beteiligten. Nur geringfügig

größer dürfte die Gruppe derjenigen Saarländer gewesen sein, die vom Exil aus ihren Kampf gegen Hitler fortsetzte. Insgesamt betrug damit der Bevölkerungsanteil, der bereit war, sich dem Nationalsozialismus aktiv zu widersetzen, damit nicht mehr als maximal 0,2 % der Gesamtbevölkerung. Dies bedeutete zugleich, daß langfristig etwa 98 % aller Status-quo-Anhänger ihren Frieden mit dem Dritten Reich schlossen oder sich zumindest politisch abstinenter verhielten. Das Saarland war damit alles andere als eine widerständige Region.

Von einer illegalen Partei mit einer organisatorischen Struktur läßt sich allenfalls bei den **Kommunisten** sprechen. In seiner Analyse des kommunistischen Teilmilieus kommt Klaus-Michael Mallmann zu dem Ergebnis, daß sich mindestens 367 Kommunisten - wahrscheinlich aber zwischen 400 und 500 - an illegalen Aktivitäten ihrer Partei beteiligten, unter ihnen mindestens 10 % Frauen. Dies würde bedeuten, daß etwa jedes fünfte Parteimitglied vom 13. Januar 1935 in die illegale Arbeit eingeschlossen gewesen war, ein angesichts der hohen Emigrationsquote hoher Prozentsatz. Schwerpunkte der illegalen KPD war der südliche Kreis Ottweiler (Neunkirchen, Elversberg, Landsweiler, Heiligenwald, Merchweiler, Wiebelskirchen), daneben das Ostertal, die Bergarbeiterdörfer im Hochwald, Sulzbach, Dudweiler, St. Ingbert, wo bis weit in den Krieg hinein eine illegale KP-Gruppe existierte, sowie Saarbrücken mit Gruppen in Burbach, Malstatt, Alt-Saarbrücken, St. Johann und St. Arnual. Einschließlich der Saarbrücker Stadtteile existierten damit insgesamt 49 illegale KP-Ortsgruppen; hinzu kamen weitere 19 illegale Betriebsgruppen. 35 % der im Widerstand tätigen Kommunisten - und damit gegenüber der Altersstruktur der saarländischen KPD vom 13. Januar 1935 deutlich überrepräsentiert - waren älter als 40 Jahre. Daneben fällt der hohe Anteil der ganz Jungen unter 24 Jahren auf, die etwa 12 % der illegalen Partei verkörperten und 95 % ihrer Altersgruppe in der legalen Partei repräsentierten. Es war dies damit vor allem die Gründergeneration der KPD, unter ihnen zahlreiche Weltkriegssoldaten, die sich illegal betätigten. 47 % waren der Partei vor 1925 beigetreten, während der Anteil der ultralinks Sozialisierten lediglich etwa ein Drittel ausmachte. Insgesamt ähnelte die illegale KPD an der Saar damit eher einem sich zur Wagenburg abschottendem Traditionsverein als einer jungen revolutionären Avantgarde. Zwei Drittel aller Illegalen fiel der Gestapo in die Hände, davon die allermeisten zwischen 1935 und 1937. Nachdem Anfang 1937 alle Spitzel ausgeschaltet worden waren, ließen die Festnahmen wegen illegaler Aktivitäten deutlich nach. Die stabilste und relativ häufige Form der kommunistischen Widerstandsorganisation

bildete die Familie, die tendenziell das Milieu ersetzte. Demgegenüber war dort, wo die Familie nicht ins Milieu integriert war, die Neigung zu Denunziation durch Ehefrauen und Söhne am größten. Politisch verhielten sich die Mitglieder der illegalen Partei gegenüber dem offiziellen KPD-Kurs weitestgehend loyal. Anders als Detlev Peukert für das Ruhrgebiet behauptete, wurden die Beschlüsse der "Brüsseler Konferenz" der KPD vom Oktober 1935 begrüßt, wenn auch die Taktik des "trojanischen Pferdes" - i.e. der verdeckten Arbeit in den NS-Massenorganisationen - sehr uneinheitlich praktiziert wurde. Die meisten illegalen Kommunisten interpretierten den Nationalsozialismus als letzte Trumpfkarte der Bourgeoisie und als Ausbeutungs- und Zwangssystem, während die sozialrevolutionäre Seite - anders als bei den Sozialdemokraten - völlig übersehen wurde. Diese Ausblendung war nicht allein das Ergebnis ideologischer Interpretationen, sondern auch von eigenem Erleben, denn wie vor 1935 bleiben viele Kommunisten weiterhin arbeitslos, werden von den "Segnungen" der DAF übergangen und fühlten sich daher auch weiterhin als randständige Population. Während die Moskauer Prozesse an der Saar durchweg begrüßt wurden, wurde ein möglicher Pakt zwischen Hitler und Stalin bis zuletzt abgestritten. Obwohl der Abschluß dieses Abkommens eine Sinnkrise des kommunistischen Widerstandes einleitete, der bis zum Überfall auf die Sowjetunion anhielt, gelang es kommunistischen Klein(st)gruppen in etlichen Großbetrieben bis 1945 weiterzuexistieren, wobei diese ihre Hauptaktivitäten von der Agitation auf das Feld der Sabotage und auf die Befreiung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen verlagerten. Spätestens seit 1939 war unter den Illegalen im Lande der - von den Exilkommunisten noch bis 1945 aufrechterhaltene - Mythos von der quasi naturwüchsigen Immunität des Proletariates gegenüber dem Nationalsozialismus zerplatzt. Der Krieg selbst wurde als Wiederholung des Ersten Weltkrieges und damit als Verschärfung klassengesellschaftlicher Konfliktlagen gedeutet, was blind machte gegenüber neuartigen Entwicklungsperspektiven.

Der Aktivitätsgrad der im Lande verbliebenen SPD-Mitglieder des Jahres 1934/35 lag demgegenüber mit maximal 50 Parteigenossen und damit mit einem Anteil von etwa 10 % der an der Saar gebliebenen Mitgliedschaft deutlich unter dem der Kommunisten, obwohl sich die saarländische **Sozialdemokratie** während des Abstimmungskampfes zu einem revolutionären Agitationsverband gewandelt und sich ein Teil der Mitglieder radikalisiert hatte. Dies lag zum einen daran, daß die Parteiführung am 15. Januar 1935 Hals über Kopf das Saarland verlassen hatte, die Mitgliedererosion zur Zeit des

Abstimmungskampfes das organisatorische Geflecht weitgehend zerstört hatte und die zurückgebliebenen Sozialdemokraten über keinerlei Direktiven verfügten, wie sie sich unter den Bedingungen der Illegalität verhalten sollten. Zum anderen nahmen Sozialdemokraten den Nationalsozialismus zum Teil völlig anders als die Kommunisten wahr. Entweder betrachteten sie das Dritte Reich als "Betriebsunfall der Geschichte", der den objektiven Verlauf des Geschichtsprozesses höchstens vorübergehend, aber kaum auf Dauer würde aufhalten können, oder aber sie interpretierten den Nationalsozialismus als klassen- und milieuübergreifende sozialrevolutionäre Massenbewegung, die auch Sozialdemokraten an Aufstiegsmöglichkeiten und materiellen Gratifikationen einiges zu bieten hatte. Etliche, insbesondere jüngere Parteigenossen sahen durch die Sozialpolitik Bürckels einen Teil ihrer eigenen sozialen Utopien realisiert und fühlten sich - ganz im Gegensatz zu den gesellschaftlich eher randständigen Kommunisten - als gleichberechtigte Mitglieder in die nationale Volksgemeinschaft integriert. Anders auch als die KPD war die illegale Sozialdemokratie weitgehend zersplittert. Organisatorische Rudimente existierten hier zunächst vor allem bei der Aufrechterhaltung konspirativer Verbindungen mit dem emigrierten Parteivorstand in Forbach, beim Austausch von Nachrichten und beim Vertrieb illegaler Publikationen. Einzig in der ehemaligen SPD-Hochburg Sulzbach existierte bis 1937 eine illegale sozialdemokratische Gruppe. Die maximal 50 Personen, die an diesen illegalen Aktivitäten beteiligt waren, rekrutierten sich zumeist aus Sozialdemokraten, die sich seit Jahren kannten, demselben SPD-Ortsverein oder derselben SAJ-Gruppe angehört hatten, ähnlich wie bei den Kommunisten teilweise durch familiäre Bindungen miteinander verflochten waren, denselben Beruf ausübten oder bei demselben Arbeitgeber beschäftigt waren. Jeweils etwa 40 % kamen aus der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) oder dem Sozialistischen Schutzbund (SSB); 44 % gehörten der SPD seit mehr als 15 Jahren an, unter ihnen etliche Mitglieder der SAJ-Gründergeneration. Altersmäßig dominierten - vergleichbar der illegalen KP - mit zwei Dritteln die nach der Jahrhundertwende geborenen. Voneinander wußten die Gruppen nichts; und auch die Verbindungen zu den diversen sozialdemokratischen "Traditionskompanien" waren eher zufällig als geplant organisatorisch. Abgekoppelt von ihrer Parteiführung und ohne eigene Kommunikationsorgane beschränkten sich die meisten der an der Saar gebliebenen SPD-Funktionäre mehr der Not gehorchend als rationalen Erwägungen folgend darauf, die informellen Strukturen des sozialdemokratischen Restmilieus zu bewahren, sich gelegentlich zu treffen und moralisch zu stärken, im Unterschied aber zu den Kommunisten auf den Aufbau

illegalen Organisationen und auf öffentlich-symbolische Ausdrucksformen sozialdemokratischer Existenz zu verzichten. Konflikte mit den neuen Machthabern versuchte man aus dem Wege zu gehen, man wartete ab und vertraute ganz im Sinne der marxistischen Geschichtsteologie und des sozialdemokratischen Fortschrittsoptimismus auf den objektiven Gang der Geschichte, auf das Abwirtschaften der Nationalsozialisten und später auf die Befreiung von außen. Das einzige Verhaltensmodell, das die Parteigeschichte für das Überwintern in der Illegalität zur Orientierung parat hielt, war das Verhalten der Sozialdemokratie zur Zeit des Sozialistengesetzes: der Zusammenschluß zu unpolitischen sozialen Selbsthilfeorganisationen, die Verabredung zu geheimen Treffen in der Natur und die Schulung durch die illegale sozialdemokratische Presse. Solche Traditionsunternehmen sind nachweisbar im Neunkirchener Revier, in Homburg und in Saarbrücken. In der Regel war das Netzwerk illegaler sozialdemokratischer Kommunikation nachbarschafts- und ortsbezogen. Dort, wo diese Ebene verlassen wurde, drohten Zugriffsmöglichkeiten der Gestapo und Denunziation. Darüber hinaus existierten Rudimente überörtlicher Kommunikationsstrukturen, an denen vor allem ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre beteiligt waren. Knotenpunkte der illegalen Flüsterpropaganda waren Wirtshäuser sowie in Saarbrücken das von einem ehemaligen Gewerkschaftssekretär betriebene Beethoven-Cafe, die zugleich psychosoziale Stabilisierungsfunktionen erfüllten. Zu politischem Widerstand war dieses Kommunikationsnetz indes nicht in der Lage. In das von der Parteiführung hinterlassene organisatorische Vakuum platzierten an der Saar die Kommunisten ihre Angebote. Vor allem den jungen und im Saarkampf radikalisierten Sozialdemokraten boten sie in Fortführung des Einheitsfrontbündnisses von 1934/35 organisatorische Heimat und Betätigungsmöglichkeiten. Vereinzelt wurden Sozialdemokraten auch in die Grenzarbeit der KPD-Abschnittsleitung eingespant.

Auf katholischer Seite lassen sich unserem Widerstands-Begriff nur wenige Aktivitäten zurechnen. Entgegen der u. a. von Heinz Hürten vertretenen These, wonach die Kirche mit ihrer Kritik am NS-Regime ein Potential an Widerstand ermöglicht habe⁸, vertritt unser sozialgeschichtlich orientiertes Forschungsprojekt genau das Gegenteil: Erst der Bruch mit zentralen Tugenden des **katholischen Milieus**, mit Autoritätsgehorsam, Delegation von Verantwortlichkeit, Achtung der Staatsgewalt usf. machte Widerstand möglich. Der katholische Widerstandskämpfer hatte somit die doppelte Leistung zu vollbringen, sich zunächst aus den Fesseln seines Milieus zu emanzipieren, um sodann den Staat

zu attackieren. Das unterschied ihn von den Angehörigen im linksproletarischen Milieu, wo sich Widerstand nicht gegen, sondern aus Milieuzusammenhängen entfaltete. Es überraschte daher nicht, daß katholischer Widerstand, ja selbst Verweigerung, die Sache einzelner kritischer Persönlichkeiten und kleiner Gruppen blieb und sich eher aus Individualisten und Randgruppen des Milieus rekrutierte, die oft schon vor 1933 in einem eher kritischen Verhältnis zur Politik des Episkopats gestanden hatten. Hierzu zählte vor allem die Gruppe um die "Neue Saarpost" des späteren saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann und dessen "Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft", der sich entgegen der Haltung der Bischöfe gegen eine Rückgliederung an Hitler-Deutschland und für den Status quo ausgesprochen hatte. Mit der Emigration der führenden Volksbund-Vertreter verstummte allerdings die organisierte katholische Opposition. Die wenigen Katholiken, die nach 1935 zum Widerstand - zum bewaffneten Widerstand gar - bereit waren und mit zentralen Tugenden ihres Herkunftsmilieus gebrochen hatten, formierten sich um Willi Graf und die Saarbrücker Aktivisten der "Weißen Rose". Übereinkunft herrschte unter ihnen, daß man sich entgegen dem reduktionistisch-milieugeozentrischen Antifaschismus der Kirche für das Recht und die Freiheit **aller** einsetzen wollte, und daß eine erfolgreiche Widerstandstätigkeit die bisherigen Milieugrenzen überwinden und neue Bündnispartner ausfindig machen müsse. Unklar bleibt, wie tief katholische Honoratioren an der Saar an den konspirativen Vorbereitungen im Umkreis des 20. Juli 1944 beteiligt waren. Tatsache jedenfalls ist, daß Bartholomäus Koßmann gegenüber Vertrauten Jakob Kaisers einwilligte, ihn im Falle eines Umsturzes als "Politischen Beauftragten" des Wehrkreises XII/Wiesbaden, zu dem auch das Saarland zählte, einzusetzen.

Nicht Konflikt und Kampf, schon gar nicht Widerstand, sondern das Streben nach friedlicher Koexistenz und Kooperation prägte ansonsten die Beziehungen zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus. Als Bollwerk gegenüber dem Bolschewismus und als Verkörperung der Volksgemeinschaft besaß der Nationalsozialismus auch innerhalb des Klerus große Sympathien. Die vielfältigen Formen des z. T. kollektiven Selbstbehauptungskampfes des katholischen Milieus wie die symbolischen Proteste 1935 gegen die Verbote katholischer Jugendorganisationen, die "Spiesener Revolte" vom Sommer 1935, die Auseinandersetzung um die Bliesransbacher Fahnenweihe 1936 sowie schließlich der Frankenholzer Schulstreik 1937 waren nichts anderes als das systemimmanente Einklagen verletzter Konkordatsbestimmungen und Ausdruck katholischen Existenzwillens. Was aus der Perspektive der NS-Machthaber und ihrer

Hegemoniebestrebungen als politisch motivierte Absage an NS-Staat und Volksgemeinschaft erschien, war aus der Sicht der katholischen Milieugehörigen subjektiv so gar nicht gemeint. Ganz in der milieuegoistischen Tradition der Völkerbundszeit beschränkten sich die Katholiken in ihrer Kritik auf kirchenfeindliche Aspekte der NS-Politik und auf antikonfessionelle Elemente der NS-Ideologie. Nicht um die dem christlichen Selbstverständnis entsprechende Universalität der Menschenrechte ging es den deutschen Katholiken, sondern ausschließlich um ihre partikulären und kleinlichen Einzelinteressen. Typisch für das katholische Milieu waren nicht die mutigen Aktivitäten der "Weißen Rose" oder die kritischen Predigten des Bischofs von Münster, sondern Schweigen und Wegschauen, wenn es um die Verfolgung nichtkatholischer Bevölkerungsgruppen ging. Anders als auf Seiten der Linken fand eine inhaltlich-politische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht statt, zu groß waren die Überschneidungen in zentralen politisch-kulturellen Fragen. Dominant blieb der symbolische Hinweis auf die eigene Identität und der persönlich motivierte Statuskonflikt. Wenn Geistliche in Konflikt mit Partei und Staat gerieten und dafür - wie nicht selten geschehen - Bekanntschaft mit dem KZ machten, waren politische Intentionen nur selten im Spiel. Vielfach fühlten sie sich nur durch das Auftreten der neuen NS-Hoheitsträger in den Gemeinden in ihrem bisherigen sozialen Status bedroht, sahen sich durch sittliche Nachlässigkeit und mangelndes religiöses Pflichtbewußtsein vornehmlich der Jugend provoziert oder fühlten sich symbolisch herausgefordert. Im lokalen Raum stand ihre bisherige Autorität auf dem Spiel. In Prügeleien, Zurechtweisungen und manchem kritischen Kanzelwort machte sich die Verunsicherung Luft. Das, was in der Literatur vielfach als katholische Resistenz verklärt wird, waren in der Regel somit kaum mehr als aus dem allgemeinen Säkularisierungskonflikt abgeleitete, persönliche Statuskonflikte. Das Dritte Reich war daher für die Katholiken nicht primär ein politisches Unrechtsregime, sondern in der Säkularisierungsperspektive vor allem eine Bedrohung der eigenen Existenz. Daß sich das katholische Milieu bei allen Reibungen so nahtlos in das Dritte Reich einfügte, mag unter anderem damit zu tun gehabt haben, daß der Zentrumsturm an der Saar schon vor 1933 deutliche Risse erhalten hatte, in Peter Kiefers Konzept des "sozialen Nationalismus" ideologische Überschneidungen zur Integrationspolitik Bürckels existierten, Modernisierungs- und Säkularisierungsängste unterhalb der offiziellen Distanzierung vom Nationalsozialismus mentale Brücken aufgebaut hatten und sich der proklamierte Antifaschismus lediglich auf die antikonfessionellen Aspekte der NS-Ideologie bezog, während die volksgemeinschaftliche und

ationale Programmatik Hitlers explizit begrüßt wurde. Schließlich dürfte auch weiterhin die Angst grassiert haben, als nationale Außenseiter ausgestoßen zu werden, falls man sich der neuen Politik verweigere.

Traditionslasten wie Stigmatisierungs- und Außenseiterängste, mentale Dispositionen wie der bis weit in die Linke hinein reichende Autoritarismus, ein mehr oder minder offenkundiger Nationalismus sowie die Fortexistenz von Milieubarrieren standen somit neben den terroristischen und sozialintegrativen Eigenleistungen des NS-Regimes einem breiteren Widerstand entgegen. Statt die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu suchen und seine Faszinationskraft auf die Massen zu ergründen, setzte sich in der **politischen Kultur des Widerstandes** der symbolische Politikstil der Völkerbundszeit fort. Die Beziehungen der verschiedenen Teilkulturen zueinander bleiben durch Resentiments, Apathie und Aggressionen bestimmt, wobei der Antibolschewismus als einigendes Band den "Antisozialdemokratismus" ablöste. Weder in den Formen noch in den Inhalten ihres Widerstandes besaßen die einst NS-resistenten Milieus einen gemeinsamen Nenner. Während die Kommunisten lange Zeit weiter vom roten Rätedeutschland träumten und dem Mythos vom revolutionären Proletariat nachgingen, schwankten die im Lande gebliebenen Sozialdemokraten in ihren nachkriegspolitischen Vorstellungen zwischen einer wehrhaften, die Fehler der Weimarer Republik vermeidenden sozialen Demokratie und der Diktatur des Proletariats. Die Katholiken indes waren vor allem an der Freiheit der Religionsausübung und der Sicherung ihrer erworbenen Privilegien interessiert; mit einer freiheitlichen Demokratie hatten sie wenig im Sinn. Wie vor 1933/35 blieb Politik auch im Widerstand vor allem eine Sache der Männer und der Älteren. Außer bei den Kommunisten spielten Frauen keine nennenswerte Rolle; und auch hier wurden sie in der Regel auf die Rolle von Zuträgern, Kurieren und Helfern reduziert. Bis auf wenige Ausnahmen driftete die **Jugend** im katholischen wie im linksproletarischen Milieu - und damit jene Generation, die den bundesdeutschen Wiederaufbau und die Politik bis hinein in die 70er Jahre maßgeblich prägte - ins nationalsozialistische Lager ab. Widerstand blieb vor allem eine Angelegenheit der Weltkriegsgeneration, die ihre alternativen Utopien realisiert wissen wollten und durchaus konservativ an ihren tradierten politischen Zielvorstellungen festhielten: "Wir bleiben, was wir sind!" Demgegenüber gelang es den illegalen Widerstandszellen nicht, das aus aktuellen Anlässen entstandene und zum Teil beträchtliche Ausmaß an Dissens und Verweigerung, die vielen Formen der Teilopposition erfolgreich gegen das NS-Regime zu organisieren.

3.2 Exil als widersprüchlicher Erfahrungsprozeß

Widerstand von Saarländern gegen das Dritte Reich war - sieht man vom Abstimmungskampf des Status quo-Einheitsfrontbündnisses von 1934/35 einmal ab - vor allem Widerstand aus den Zusammenhängen des Exils heraus, wobei auch hier unterschiedliche Konzeptionen verfolgt wurden und sich die Fragmentierungsmuster der politischen Regionalkultur der Völkerbundszeit wenn auch abgeschwächt fortsetzten. Unmittelbar nach dem Abstimmungsdesaster richtete die KPD im lothringischen Forbach eine für das Saarland und die Pfalz zuständige **Abschnittsleitung** ein, die bis 1940 existierte, über ein differenziertes Kuriersystem Verbindungen zu den meisten der illegalen Orts- und Betriebszellen im Lande unterhielt und deren Hauptaufgabe darin bestand, den Widerstand an der Saar anzuleiten, zu koordinieren und mit Geld und Agitationsmaterial logistisch zu unterstützen, da man noch immer mit der naturwüchsigen Widerstandskraft des Proletariats rechnete. Weniger revolutionäre Flausen beherrschten demgegenüber die emigrierte saarländische SPD-Führung unter Max Braun, die sich mit ihrer Forbacher "Beratungsstelle für Saarflüchtlinge" zunächst ganz auf Probleme der Flüchtlingsbetreuung und die publizistische Vernetzung der Saaremigranten konzentrierte. 1936 wurde die Beratungsstelle in eine **Grenzstelle** umgewandelt, die unter anderem versuchte, den Kontakt mit den an der Saar verbliebenen Anhängern zu organisieren, bis 1937/38 über Verbindungen in mindestens sieben Orten des Saarlandes verfügte, deren Tätigkeit aber primär in der Sammlung von Nachrichten aus Hitler-Deutschland für die im französischen Exil erscheinenden SPD-Publikationen bestand und die bis auf wenige Ausnahmen auf Formen publizistischer Massenagitation an der Saar selbst verzichtete. Aufgrund dieses spezifischen Charakters und der Abhängigkeit von der Duldung der französischen Behörden geriet die Grenzstelle in immer stärkere Verbindungen zum französischen Geheimdienst. Mit ihrer ideologischen Nähe zur Gruppe "Neu Beginnen", die sich als sozialistische Avantgarde des Widerstandes verstand, ihrer Radikalität und ihrem Engagement in der Volksfrontfrage setzte die emigrierte SPD-Führung ihre bereits 1933 begonnene Sonderentwicklung gegenüber dem Prager SPD-Vorstand fort. Organisatorisch deutlich wurde dies unter anderem 1937 in der Bildung der von Max Braun dominierten Landesgruppe der SPD in Frankreich. In deutlichem Unterschied zu den an der Saar gebliebenen Sozialdemokraten und den auf den verschütteten, aber gleichwohl virulent existierenden Widerstandswillen des Proletariats

setzenden Kommunisten, den es durch Aufklärung und Organisation nur freizulegen gelte, vertrauten Braun und seine Anhänger auf den subjektiven Faktor Mensch und sein Streben nach Freiheit und Demokratie. Darüber hinaus strebten sie zumindest zeitweise die Einheitspartei der Arbeiterschaft und damit die Überwindung der Fraktionierungen im linksproletarischen Milieu an. In diesem Sinne bestanden vielfältige Verbindungen zur Forbacher Abschnittsleitung der KPD und engagierte man sich in den diversen Volks- und Einheitsfrontorganisationen wie dem Pariser Lutetia-Kreis, dem Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands, dem Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter in Frankreich und der Metzger Saarlovsfront von 1937 sowie schließlich gegen Kriegsende im Nationalkomitee "Freies Deutschland" für den Westen und der Union des Réfugiés Sarrois en France.

Die Mitglieder der emigrierten **katholischen Opposition** blieben bis auf wenige Ausnahmen diesen Volksfrontaktivitäten fern. Nur eine Handvoll Katholiken finden sich daher im Spanischen Bürgerkrieg in den Reihen der Internationalen Brigaden, in der Résistance und in der Bewegung "Freies Deutschland". In der Regel rekrutierten sich diese Aktivisten aus Mitgliedern der linkskatholischen Vitus-Heller-Bewegung und des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, die sich der Gleichschaltung ihres Verbandes verweigert hatten, sowie aus Anhängern des "Volksbundes" für den Status quo, also primär aus jenen Organisationen, die den Rechtsruck und den Gleichschaltungskurs des Zentrums nicht mitgemacht und sich damit bereits vor 1935 in Opposition zu ihren Bischöfen begeben hatten.

Als Folge der im Saarkampf begonnenen Radikalisierung der Linken, ihres hohen Emigrationsanteils und des Aufrufs der saarländischen SPD-Führung zum bewaffneten Kampf gegen Hitler-Deutschland, bildeten Kommunisten und Sozialdemokraten die landsmannschaftlich größte Gruppe innerhalb der **Internationalen Brigaden** in Spanien und innerhalb der französischen Résistance. Mindestens 183 Freiwillige von der Saar - unter ihnen vier Frauen -, vermutlich aber zwischen 200 und 220 Saarländer, folgten den Appellen der Parteiführungen der KPD, der saarländischen SP und des Pariser Lutetia-Kreises und beteiligten sich zwischen 1936 und 1939 am Verteidigungskampf der spanischen Republik, unter ihnen mindestens 143 (= 78,1 %) Kommunisten, 26 (= 14,2 %) Sozialdemokraten sowie drei Katholiken, zwei Autonomisten und neun weitere Personen ohne erkennbare parteipolitische Zugehörigkeiten (insgesamt 7,6 %).

Damit kam etwa jeder zehnte deutsche Spanienkämpfer von der Saar. Dominant waren es Mitglieder der während des Abstimmungskampfes radikalisierten bzw. bereits vor 1933 aktiven Jugendverbände von KPD und SPD sowie ihrer paramilitärischen Kampforganisationen, die den Weg nach Spanien gingen und dort ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus fortzusetzen hofften. Beruflich handelte es sich vor allem um Industriearbeiter und Erwerbslose; nur unter den Sozialdemokraten existierte auch eine größere Gruppe von Angestellten. Entgegen dem später insbesondere in der DDR gepflegten romantisierenden Veterankult war das Ausmaß an Fahnenflucht, Meuterei und Ungehorsam auch unter den Kombattanten von der Saar beträchtlich. Dies konterkariert das Bild vom heroischen Kampf der Internationalen Brigaden und vom friedlichen Miteinander von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Schützengräben auf der iberischen Halbinsel. Statt dessen brachen zunehmend Konflikte auf und zerfiel parallel zum Auseinanderbrechen des Pariser Lutetia-Kreises auch in Spanien die "Einheitsfront von unten". Desorganisation und Chaos innerhalb der internationalen Kampfverbände führten unter den saarländischen Spanienkämpfern zu einer außerordentlich hohen Opferquote. Mindestens 52 Saarländer und damit fast jeder dritte Kommunist oder Sozialdemokrat fielen auf der Seite der Republik. 11 weitere Spanienkämpfer kamen später in deutschen Konzentrationslagern ums Leben, wodurch sich die Opferbilanz auf insgesamt 63 (= 44,1 %) erhöhte.

Noch stärker als in Spanien war die Beteiligung von Saarländern innerhalb der **Résistance**. Mindestens 118 Emigranten von der Saar - unter ihnen 68 Kommunisten (= 19,2 % aller erfaßten kommunistischen Saaremigranten) und 50 Sozialdemokraten (= 16 % der erfaßten sozialdemokratischen Emigranten) - beteiligten sich zeitweise oder über einen längeren Zeitraum am Widerstandskampf des französischen Volkes gegen die deutsche Besetzung. Die Saarländer machten damit einen Anteil von mindestens 12 % aller deutschen Mitglieder der Résistance aus. Die Angst vor Razzien der Gestapo und der französischen Miliz bildete dabei das Hauptmotiv, sich den diversen Verbänden der Résistance und hier vornehmlich den zivilen Einheiten wie der Travail Anti-Allemand anzuschließen. Da es sich bei der Résistance - anders als bei den Internationalen Brigaden - nicht um eine Bürgerkriegs-, sondern um eine Schattenarmee handelte, fiel die Opferbilanz mit mindestens vier toten Saarländern (= 3,4 %) hier deutlich niedriger aus als in Spanien. Daneben beteiligten sich Emigranten und Deserteure von der Saar am Kampf der Resistenza in Italien, am Nationalkomi-

tee Freies Deutschland in der Sowjetunion, an der Österreichischen Freiheitsbewegung sowie am Komitee "Freies Deutschland" für den Westen, das von dem ehemaligen saarländischen RFB-Vorsitzenden Otto Niebergall geleitet wurde, dem die Sozialdemokratin Luise Schiffgens als Vizepräsidentin zur Seite stand.

Insgesamt bedeutete das Exil für die meisten Emigranten einen gewaltigen **Desillusionierungsprozeß** über den Freiheitswillen der Deutschen und insbesondere die revolutionären Potenzen der deutschen Arbeiterschaft, über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Politik mit den Kommunisten und damit über die Perspektiven der Überwindung der Fraktionierung der Weimarer Arbeiterbewegung sowie schließlich über die Wirkung der "Wahrheitsoffensive" durch Aufklärung und illegale Publizistik. Und auch die Aufnahme im Gastland Frankreich entsprach nicht immer den Erwartungen. Ein Drittel aller nach 1935 aus dem Saarland emigrierten Sozialdemokraten und Kommunisten - diese teils auf ausdrückliche Parteiweisung, teils aus Verzweiflung - kehrten daher noch vor Kriegsende an die Saar und damit oft direkt in Gefängnisse und Konzentrationslager zurück. Die kommunistische Parole des Jahres 1933 "Zurück nach Deutschland, auch wenn's ins KZ ist" wurde damit nachträglich bittere Realität.

Politisch mündete der Desillusionierungsprozeß des Exils in der Vorstellung einer Erziehungsdiktatur, wie sie insbesondere in der späteren DDR - abgeschwächt aber auch innerhalb der Kultur- und Bildungspolitik des autonomen Saarstaates von 1947 - realisiert wurde. Auf sozialdemokratischer Seite hatten Emigration, Verfolgung und Exilwiderstand indes auch positiv nationalstaatliche Perspektiven bloßgestellt, ältere antipreußische Ressentiments wieder zu Tage gefördert und eine Nähe zu Frankreich begründet, die die saarländische Nachkriegspolitik entscheidend prägen sollten. Entgegen der nationalstaatlichen Programmatik und Egozentrik des SPD-Vorstandes strebten sie ganz im Sinne ihres im Londoner Exil verstorbenen Vorsitzenden Max Braun die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa und die Verständigung mit Frankreich an. In diesem Prozeß sollte das Saarland eine Initialfunktion übernehmen.

3.3 Zur politischen Kultur des Widerstandes

Außer bei einer kleinen Gruppe von Sozialdemokraten war eine freiheitliche Demokratie kein erstrebenswertes Ziel. In der Sehnsucht nach Autorität und nationaler Zugehörigkeit spiegelten sich über die Traditionslasten der regionalen Sonderentwicklung hinaus allgemeine Strukturdefizite der politischen Kultur der Zeit wider. Bereits vor der Machteinsetzung Hitlers in Deutschland und dem Beginn des Saarkampfes sahen sich die demokratischen Parteien des Saargebietes mit einer massiven Erosion ihres Klientels konfrontiert, von dem vor allem die antidemokratischen Parteien und die Gruppe der Nichtwähler profitierten. Ein die verschiedenen Teilkulturen übergreifender demokratischer Grundkonsens und eine freiheitliche Utopie, vor denen Nationalsozialismus und Drittes Reich als Bedrohung hätten empfunden werden können, existierte nicht. Das Abstimmungsdesaster vom 13. Januar 1935 zeigte schließlich, daß auch den meisten Sozialdemokraten die nationale Abtrennung von Deutschland mehr schmerzte als der Verlust der Freiheit. Der Kampf für den Status quo und damit für die Vorteile einer bescheidenen Freiheit habe "nicht einmal in der Arbeiterschaft des Saargebietes eine Explosion des Willens zur Freiheit hervorgerufen", analysierte der Sopade-Vorstand in Prag völlig zu Recht. Das solle eine "ernste Warnung vor jeder Revolutionsromantik, vor illusionären Erwartungen und revolutionären Wunderhoffnungen" sein. Der Saarkampf habe überdeutlich gemacht, "daß die gegenwärtige Apathie der großen Masse gegenüber dem Verlust der Freiheit nicht durch kurzfristigen propagandistischen Vorstoß überwunden werden kann"⁹. Welche Stilblüten der saarländische Nationalismus und die Ignoranz gegenüber der Demokratie trieben, hatten besonders die Kommunisten mit ihrer Parole "Zurück nach Deutschland, auch wenn's ins KZ ist!" demonstriert. Und ganz ähnlich hatte auch die katholische "Saarbrücker Landeszeitung" gefordert, einer Rückgliederung selbst dann die Zustimmung nicht zu verweigern, wenn man befürchten müsse, "nach der Rückgliederung selbst schwersten Schaden an Person und Besitz erleiden zu müssen"¹⁰.

Haltungen wie diese waren Resultate einer politischen Kultur, in der traditionell politische Tugendbegriffe wie Einigkeit und Treue und ethnozentrische Vorstellungen über freiheitliche politische Ordnungsideen dominiert hatten und ein politischer Stil gepflegt wurde, der von Symbolen und Ritualen und nicht von einem öffentlichen Diskurs über die Formen des Zusammenlebens geprägt war¹¹. Hinzu kam die Angst der einst ausgegrenzten und gebrandmarkten Ka-

tholiken und Sozialisten, wiederum aus der nationalen Gemeinschaft ausgestoßen zu werden und der Erfolge mühsam erworbener Integrationsleistungen verlustig zu gehen.

In unterschiedlichen Formen und Akzentuierungen setzten sich diese Haltungen, Ängste und Sehnsüchte nach 1935 fort. Im hundertfachen Heimtückediskurs wurde kaum einmal der Verlust der Freiheit beklagt und ein demokratischer Zustand herbeigesehnt; statt dessen existierte eine breite, bis weit hinein in das verbliebene linksproletarische Milieu, Zustimmung zum "nationalen Befreiungsprogramm" Hitlers. Das Verhältnis der Kommunisten im Exil zur Demokratie blieb taktisch bestimmt; faktisch konterkarierten ihre Diffamierungs- und Ausschlußpraktiken sowie ihre Rechtfertigungsversuche der Moskauer Terrorprozesse ihr formales Bekenntnis zur Demokratie. Und im Weltkrieg gab es tausendmal mehr Kommunisten, die aus Gründen nationaler Solidarität und tiefverwurzelter Ressentiments auf ihre Klassengenossen in den Reihen der Gegner feuerten, als Deserteure, die sich dem rassistischen Eroberungskrieg entzogen. Auch ihnen dürfte noch immer die Angst, als "Vaterlandsverräter" bezeichnet zu werden, im Nacken gesessen haben. Obwohl der saarländische SPD-Führer zum bewaffneten Kampf in den Armeen der westlichen Demokratien aufgerufen hatte und selbst in nachrichtendienstliche Aktivitäten gegen Hitler-Deutschland verstrickt war, waren zahlreiche seiner Anhänger von Skrupeln beherrscht, Gleiches zu tun. Wie der Prager Exilvorstand der SPD waren sie nicht bereit, gegen Deutschland zu kämpfen, und auch ängstigte sie die Vorstellung, einer neuerlichen Dolchstoßlegende Vorschub zu leisten. Deutschland, die deutsche Nation, die nationale Zugehörigkeit, blieben auch in Widerstand und Exil Bezugspunkte des Denkens und Handelns. Von einem freiheitlichen Deutschland in einem demokratisch verfaßten Europa träumte allenfalls eine kleine Schar Sozialdemokraten um Max Braun. Seine Utopie von einem "europäischen Deutschland", dessen Bürger "stolz darauf sein werden, Deutsche und Bürger der Welt zu sein"¹², überforderte die übergroße Mehrheit der im nationalen Konfrontationsdenken sozialisierten Saarländer. Wenn die Formel von der europäischen Saar nach 1945 - gegen den Widerstand der nationalstaatlichen Vorstellungen nachtrauernden Kommunisten - dennoch zeitweise die Macht einer politischen Ordnungsidee annahm, so doch weniger aus tiefer Überzeugung als aus opportunistischem Kalkül. Die Mehrheit der Saarländer blieb, was sie war: ein die nationale Abspaltung beklagendes und der nationalen Anerkennung hinterherlaufendes Volk. Widerstand und Exil hatten daran nur wenig geändert.

3.4 Das NS-Herrschaftssystem

Entgegen unserer ursprünglichen Vermutungen führte unsere Analyse des "Gelände des Widerstandes" zu einem in drei Punkten überraschenden Ergebnis:

Von ihrem Erscheinungsbild erwies sich die **propagandistische Selbstdarstellung des Dritten Reiches** während der Vorkriegszeit als deutlich "sozialistischer", als wir zunächst angenommen hatten. Im alltäglichen Erfahrungshorizont der Menschen bedeutete der Nationalsozialismus längst nicht nur Terror und keineswegs bloß Angst und Leiden. "Nationaler Sozialismus" hieß die Zauberformel, mit der ein neuerlicher "Dolchstoß" vermieden werden sollte und mit der Bürckel zugleich hoffte, die Arbeiterschaft in den neuen Staat zu integrieren. Durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, durch publizistische Attacken gegen Wucherer, Spekulanten und unsoziale Unternehmer, durch soziallegalitäre Parolen wie "Keiner darf hungern und frieren" und spektakuläre Aktionen wie das Abbrennen von Elendsbarracken sowie schließlich mit den Mitteln der Kunst in Form von Arbeiterplastiken versuchte die Propaganda, das Bild der NSDAP als einer sozialrevolutionären Partei zu zeichnen. Materielle Unterstützung fand der propagierte "Sozialismus der Tat" durch Ansätze einer aktiven **NS-Sozialpolitik**, die nicht nur Aktionen gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsmisere umfaßte, sondern auch vor staatlichen Eingriffen in die private Verfügungsgewalt der Unternehmer nicht zurückschreckte. Gegen massive Widerstände aus der Industrie setzte Bürckel Angleichungen an die Löhne im Ruhrgebiet und Feiertagsgratifikationen auch für Arbeiter durch, bremste die Einführung von Sonntagsarbeit ab und kümmerte sich wiederholt um die Lebensmittelpreise. Es entstand das allgemeine Gefühl: Es wird gesorgt. Diese Integrationsleistungen des NS-Systems verengten die Agitationsmöglichkeiten des Widerstandes.

Vermutlich noch stärker als Sozialpolitik und Propaganda wirkte der **"stille Zwang" der sozioökonomischen Veränderungen**, der die bis dato rückständige Provinz in den Sog der gleichzeitigen Entwicklung riß, Modernisierungsprozesse in Gang setzte, den Trend zur sozial-räumlichen Mobilität verstärkte, Verstädterungstendenzen forcierte, durch neue Entlohnungsmethoden und Leistungsanreize die Segmentierung der Arbeiterschaft beförderte und die

Zusammensetzung und Kohärenz der Klassen und Milieus veränderte. Während diese Prozesse Individualisierungsprozesse und die Auflösung traditioneller Milieus begünstigten, wirkte das seit 1937 einsetzende "NS-Wirtschaftswunder" zusätzlich konsensbildend und loyalitätsfördernd. Dort, wo der "stille Zwang" der ökonomischen Verhältnisse nicht ausreichte, wurde dieser komplettiert durch Formen **außerökonomischer Zwangsgewalt** in den Betrieben: durch Entlassungs- und Säuberungswellen, durch die zwangsweise Versetzung potentiell oppositioneller Arbeiter in andere Reichsteile sowie schließlich durch die Einrichtung von Arbeitserziehungslagern und betrieblichen Schnellgerichten. All dies war ein wesentlicher Grund dafür, daß sich Desillusionierung und Unzufriedenheit kaum öffentlich und kollektiv artikulierten und in politisches Verhalten umsetzten, sondern sich eher unspektakulär, individuell und still ausdrückten.

Bis hinein in das linksproletarische Milieu wurde der Nationalsozialismus mit seinen Initiativen vor allem im sozialen und konfessionellen Bereich als langersehnte Revolution begrüßt. Selbst Sozialdemokraten konnten sich mit ihm ausöhnen, da er ihnen als Exekutor alter sozialer oder auch bildungspolitischer Forderungen erschien, indem er beispielsweise mit der Abschaffung der Konfessionsschule, der Eingrenzung der klerikalen Autorität und der unternehmerischen Verfügungsgewalt die Entkonfessionalisierung der Gesellschaft betrieb und den Menschen - zumal den Arbeitern - scheinbar größere Freiheitsspielräume verschaffte. Vielen erschien der Nationalsozialismus als Instanz der sozialen Revanche und als Modernisierungsfaktor. Auch das begünstigte Identifikationen.

Zweitens bedarf auch die immer noch dominierende Vorstellung einer Totalbeherrschung der Gesellschaft durch Kontrolle und Überwachungsinstrumente des Regimes einer Revision. Der **regionale Maßnahmenstaat** war nämlich keineswegs ein ausgeklügelter Mechanismus der Repression, in dem ein Rädchen präzise ins andere griff, sondern eher das improvisierte Resultat eines stetigen Wucherungsprozesses alter und neuer Instanzen und eines ständigen Zuständigkeitsstreites, der die angestrebte totalitäre Effizienz zum Teil erheblich beeinträchtigte. Dies traf vor allem für die Gestapo zu, die keineswegs jene allwissende und allgegenwärtige Geheimpolizei war, als die sie Zeitgenossen und zeitgeschichtliche Forschung später ansahen. Die Stapo-Stelle Saarbrücken zumindest war vor allem eine Instanz des Papierkriegs und höchstens peripher

eine detektivische Institution der Fahndung, der Observation und der Ermittlung. Vielmehr verwaltete sie den Terror, litt unter Überbürokratisierung, Vorschriftenwütigkeit, Unterbesetzung und einer kaum zu bewältigenden Datenflut. Angesichts der geringen Qualifikation ihrer Mitarbeiter, der vor allem mit Kriegsbeginn zunehmenden Fluktuation und damit verbundener personeller Engpässe, entstand die paradoxe Situation, daß sich objektiv die Chancen von Widerstand erweiterten, ohne daß dies aber subjektiv erkannt worden wäre und organisatorisch genutzt wurde¹³.

Ihre relative Effizienz verdankte die Gestapo nicht nur den Serviceleistungen der Verwaltungsbürokratie und der regulären Polizei, sondern vor allem der gesellschaftlichen Akzeptanz des Staatsterrors, der damit durchaus plebiszitäre Züge trug. Die Initiative beim Zugriff vermeintlicher Staatsfeinde oder "Volksschädlinge" ging fast immer "von unten" aus. In der Ermittlung reagierte "Kommissar Zufall" in Gestalt von **Denunzianten**, **V-Leuten**, NSDAP-Funktionären und Beamten des Regimes, die die Gestapo gefragt und ungefragt mit Meldungen, Anzeigen und Verdächtigungen überhäuften. Diese Praxis kompensierte die strukturellen Defizite der Gestapo, sie sorgte aber auch dafür, daß diese vollends in bürokratischer Routine ertrank. Nicht die binnenorganisatorische Präzision machte somit die Wirksamkeit der Gestapo aus, sondern die massenhafte Kollaboration mit dem Regime, die der neuen Geheimpolizei viele freiwillige Augen und Ohren selbst in den einst NS-resistenten Milieus der Region verschaffte. Überraschend für uns war vor allem das hohe Ausmaß der Denunziation, in dem besonders die Unterschichten an der neuen Herrschaft partizipierten, und das zugleich die zentrale Informationsquelle des regionalen Maßnahmenstaates bildete. Die Möglichkeit der Denunziation wurde keineswegs nur von fanatischen Nationalsozialisten genutzt; sie war oft vielmehr ein Akt sozialer Revanche. Sie brachte die Scheidung oder die Emanzipation vom Elternhaus, sie regelte Erbschaftsdifferenzen und Streitigkeiten in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz. Auch hierin bot das Saarland nach 1935 keineswegs das Bild einer unter der Diktatur ächzenden Region. Daneben verschaffte die Erosion der sozi-kulturellen Milieus der Gestapo einige Dutzend V-Leute, die sich vielfach freiwillig zur Verfügung stellten, unter ihnen selbst katholische Pfarrer und ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionär. Schon aufgrund ihrer begrenzt numerischen Zahl waren allerdings V-Leute keine flächendeckende Wunderwaffe, wenn sie auch bei der Aufdeckung konspirativer Aktivitäten wichtige Dienste leisteten. Für den Widerstand aber gestaltete sich die

Situation durch die unberechenbare und mit den eigenen Prämissen kaum vereinbare Existenz von Denunzianten und V-Leuten vollends unübersichtlich. Zugleich konterkarierten sie das Bild geschlossener Milieus, uneinnehmbarer und nach außen abgeschotteter roter Widerstandsnester und katholischer Pfarrhäuser.

Insgesamt beförderten die binnenorganisatorischen Schwächen und Defizite des NS-Terror systems dessen Radikalisierung. Da die Stapo-Stellen fast ausschließlich als Anzeigensammelstellen und Entscheidungsinstanzen fungierten, waren ihre Beamten in erster Linie Schreibtischtäter. Das Instrument der Schutzhaft verwandelte sich in ihren Händen in einen strukturell notwendigen Mechanismus zur Kaschierung der eigenen kriminalistischen Mängel. Es diente als Ersatz präziser polizeilicher Ermittlungen, aber auch als Mittel der Urteils Korrektur und erlaubte es, einem permanenten Kleinkrieg mit der Justiz aus dem Wege zu gehen. Der klassische Weg justizieller Aburteilung wurde von der Gestapo daher nur in "wasserdichten" Fällen praktiziert, während Polizei und SS tendenziell Ermittler, Kläger, Richter und Vollstrecker in einem wurden. Das überraschend hohe Maß an Überforderung und der immer freizügigere Griff zum Schutzhaftbefehl bildeten damit zwei Seiten einer Medaille; kriminalistischer Dilettantismus und wachsende Neigung zur KZ-"Verschubung" korrespondierten dialektisch miteinander. Zugleich resultierten aus der ständigen Überforderung Bedrohungsängste, die sich in Präventivmaßnahmen ein Ventil suchten. Damit entstand ein *Circulus vitiosus*: Aus der Sorge um die Ausmerzung immer neuer Gefahrenherde ergaben sich zusätzliche Aufgaben, weitere Überforderungen und eine entsprechend wachsende Paranoia.

Trotz sozialer Propaganda und massivem Terror gelang es den NS-Machthabern nicht, die Gesellschaft total durchzuorganisieren und auf ihre Ziele festzulegen. Nischen blieben bestehen, in denen sich ein einigermaßen normaler Alltag leben ließ und man sich den Loyalitätsanforderungen des NS-Regimes, ohne größere Sanktionen befürchten zu müssen, entziehen konnte. Der angestrebte Idealtypus des loyalen und überzeugten "Volksgenossen" blieb eine propagandistische Wunschvorstellung. Tausendfach verweigerten sich die Saarländer den nationalsozialistischen Gesinnungs- und Verhaltensmaximen, ohne doch zugleich Gegner des NS-Systems zu sein. So artikuliert sich im **Heimtückediskurs** in Form von Witzen, Spottversen und kritischen Äußerungen denn auch eher eine aus Enttäuschung und Unzufriedenheit geborene, oft situative und spontane

Distanz zu Einzelaspekten des Nationalsozialismus, gleichsam ein "Stuhlgang der Seele", als eine prinzipielle Gegnerschaft und grundsätzliche politische Kritik. Und auch in der Nichtteilnahme an NS-Kundgebungen, dem Beharren auf traditionellen Gruß- und Umgangsformen sowie dem Festhalten an herkömmlichen Symbolen und Gebräuchen reflektierte sich eher eine partielle Verweigerungshaltung als eine politisch motivierte Absage des braunen Regimes. Unterhalb der gleichgeschalteten Öffentlichkeit existierten **Rudimente einer informellen Gegenöffentlichkeit**, die sich durch die Weitergabe von Flugschriften, durch Gerüchte der Mund- zu-Mund-Propaganda sowie während des Krieges durch die alliierte Rundfunk- und Flugblattpropaganda speiste. Tausende Saarländer hörten trotz verschärfter Strafandrohungen sporadisch oder regelmäßig, individuell oder kollektiv, ausländische Rundfunksender ab und bezeugten damit ihr Mißtrauen gegenüber den Meldungen des gleichgeschalteten NS-Rundfunks, ohne daß das so gesammelte Wissen aber irgendwo politisch folgenreich geworden wäre. Zahlreiche Saarländer verweigerten sich darüber hinaus dem rassistischen Volksgemeinschaftsprinzip, indem sie den von Verfolgung und Tod bedrohten Populationen ihre **Solidarität** gewährten, weiterhin in Kontakt mit Juden standen, politisch Verfolgten Unterkunft gewährten, entlaufene Kriegsgefangene unterstützten usw. Der verbotene Umgang mit Ausländern und Kriegsgefangenen wurde seit 1940 gar zum Massendelikt, wobei es sich in der Mehrzahl um Delikte wegen des Verdachts geschlechtlicher Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern handelte. Sexuelle Bedürfnisse und humanitäre Ideale erwiesen sich vielfach stärker als das NS-Volksgemeinschaftsideal. Demgegenüber hatte die Nichtteilnahme oder das Nein-Votum bei Abstimmungen schon einen deutlich politischeren Charakter, ohne indes aber über mutige Einzelercheinungen hinauszukommen. Auch die NS-Betriebsgemeinschaft blieb unvollendet. Arbeitsverweigerung und die Nichterfüllung der "Dienstpflicht" widersprachen dem Idealbild der totalen Leistungsgemeinschaft; **Arbeitskämpfe** - wie die kollektive Verweigerung der geforderten Sonntagsschichten 1938 auf den Saargruben - konterkarierten das Bild einer harmonischen Betriebsgemeinschaft. Einen Unruheherd besonderer Art bildeten die an den Befestigungsanlagen des Westwalls beschäftigten Arbeiter, die wiederholt durch Protestaktionen und Streiks auf ihre Lage aufmerksam machten. Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg ließ die Kampfbereitschaft der saarländischen Arbeiterschaft während des Krieges deutlich nach. Insgesamt waren Leistungszurückhaltung und Arbeitskämpfe eher Ausdruck mangelnder Arbeitsmoral, physischer Überforderung und ungerechter Entlohnung als politischer Opposition. Zwar widersprach

all dies dem propagandistischen Ideal, ohne aber letztlich die Planungsziele der NS-Wirtschaftspolitik oder das Rüstungsprogramm ernsthaft zu gefährden.

Ein Massendelikt und ein Verweigerungsverhalten besonderer Art bildete die **Desertion** von Hunderten saarländischer Soldaten und das Überlaufen zu den Streitkräften und Partisanenverbänden der Gegner. Etwa 60 Deserteure konnten namentlich erfaßt werden (unter ihnen allein fünf aus St. Ingbert); genau die Hälfte von ihnen wurde von den Kriegsgerichten zum Tode verurteilt und von diesen wiederum die Hälfte auch tatsächlich hingerichtet. Zwar bezeugte das Verhaltensmuster der Fahnenflucht nicht unbedingt eine Ablehnung der NS-Kriegszielpolitik, wohl aber eine mangelnde Kriegseuphorie und zunehmende Kriegsmüdigkeit, vereinzelt nur ein Umdenken über den Sinn des Krieges. Vielfach handelte es sich um spontane, situativ bedingte Handlungen, die sich aber nicht zur kollektiven Meuterei ausweiteten. Bewußte, religiös oder humanitär motivierte Akte waren demgegenüber die Wehrdienstverweigerungen junger Bibelforscher und die Gehorsamsverweigerungen von Soldaten und SS-Mitgliedern bei Mordaktionen in den besetzten Gebieten.

Zu Formen offener und kollektiver Gehorsamsverweigerung von saarländischen Zivilisten kam es erst in den letzten Kriegswochen, indem sich immer mehr Menschen sinnlosen Kampfeinsätzen, Schanzarbeiten und Evakuierungsmaßnahmen widersetzen. Bei aller Teilopposition und allem Ungehorsam aber blieb der politische Grundkonsens zwischen deutscher Bevölkerung und NS-Führung bis in die letzten Kriegstage intakt. Zwar waren all die recherchierten Beispiele und die Vielfalt von Humanität und zivilem Mut oft beeindruckend, dies änderte aber nichts an der Tatsache, daß in zentralen Belangen der NS-Herrschaft, wie etwa der Juden- und der Aufrüstungspolitik, Dissens und Verweigerung im Gesamtkontext gering und in der Erscheinungsform überwiegend passiv und höchstens verbal blieben. Die NS-Machthaber konnten mit Heimtückerednern, streikenden Arbeitern, ja selbst mit Deserteuren auf dieser konsensuellen Basis durchaus leben.

3.5 Opferbilanz

Die Opfer, die der NS-Terror an der Saar wie anderswo kostete, waren erheblich. In fast jedem Ort des Saarlandes kamen Menschen zu Tode, die mit dem NS-Regime in Konflikt geraten waren. Allein im agrarisch strukturierten Kreis St. Ingbert - weder eine Hochburg der Arbeiterbewegung noch ein Zentrum des regionalen Judentums - wurden bis Ende 1946 276 Personen als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt, davon 103 in der Kreisstadt selbst. Eine im Zuge unserer Recherchen erstellte Liste, die alle Festnahmen wegen Vorbereitung zum Hoch- und Landesverrat, staatsfeindlicher Betätigung, Heimtückevergehen, Wehrkraftersetzung, Desertion, Rundfunkverbrechen und verbotenem Umgang mit "Fremdvölkischen" enthält, also den Widerstand im engeren Sinne sowie die wichtigsten Bereiche von Dissens und Verweigerung zu erfassen sucht, die rassische Verfolgung und die kaum zu quantifizierende Repression der Fremdarbeiter aber ausklammert, kommt auf 1.814 Personen. 285 von ihnen (= 15,7 %) starben im Gefängnis, Zuchthaus oder KZ bzw. unmittelbar danach an den Haftfolgen; wegen Hoch- oder Landesverrat, Wehrkraftersetzung und Fahnenflucht wurden 65 Personen hingerichtet, etwa die Hälfte von ihnen aufgrund eines Urteils des Volksgerichtshofes. Mit 77 Personen und damit mehr als einem Viertel bildeten die Kommunisten die größte identifizierbare Opfergruppe; mindestens 11 saarländische Kommunisten wurden von der NS-Justiz zum Tode verurteilt und hingerichtet. Dies entsprach einem Anteil von 8,1 % an der KPD-Mitgliederzahl vom 13. Januar 1935. Die nächst größere Opfergruppe waren mit 25 Toten die Sozialdemokraten, gefolgt von 15 Deserteuren aus allen soziokulturellen Milieus. Zu den 285 Todesopfern des NS-Terrors sind jene 61 Saarländer zu addieren, die im bewaffneten Widerstandskampf in den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien und innerhalb der französischen Résistance ums Leben kamen. Exakt drei Viertel dieser Toten wiederum waren Kommunisten, 21 % Sozialdemokraten. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer der NS-Herrschaft auf insgesamt 346, unter ihnen 122 (= 35,3 %) Kommunisten und 38 (= 11 %) Sozialdemokraten. Mit einem Anteil von insgesamt 12 % ihrer Parteimitglieder vor 1935 hatte die KPD damit die meisten Toten zu beklagen, was sowohl Ausdruck der massiven Verfolgung durch das NS-Regime als auch Resultat eines größeren und risikoreicheren Widerstandswillens der Kommunisten selbst war. Demgegenüber nimmt sich die Todesrate von etwa 5 % der gegen Ende des Saarkampfes noch aktiven Sozialdemokraten vergleichsweise bescheiden aus.

4. Resonanz und Kritik

Da unser Forschungsprojekt offiziell erst vor wenigen Wochen beendet wurde und der abschließende dritte Darstellungsband noch nicht erschienen ist, ist die öffentliche und wissenschaftliche Resonanz daher zunächst notwendigerweise noch gering. Größere Rezensionen insbesondere unseres zweiten Bandes "Herrschaft und Alltag" in der überregionalen Presse blieben bislang weitgehend aus, da es unserem Projekt - anders als etwa seinerzeit dem Bayern-Projekt des Instituts für Zeitgeschichte - nicht gelang, aus dem Schatten der Regionalgeschichtsforschung hervorzutreten, obwohl etwa Manfred Weißbecker in der "Deutschen Literaturzeitung" befand, daß unsere Forschungsergebnisse "zweifelloso die Geschichtswissenschaft bereichern und sie voranbringen" werden¹⁴, oder Hans Horch in den "Saarbrücker Heften" unser Buch als "grundlegenden Beitrag zur Soziologie des Naziregimes" wertete¹⁵. Bei den bislang vorliegenden Rezensionen in fachwissenschaftlichen Zeitschriften fällt auf, daß diese zum großen Teil aus dem Ausland oder aber von Wissenschaftlern der ehemaligen DDR stammen, während sich die stark versäulte und etablierte Geschichtswissenschaft der ehemaligen Bundesrepublik äußerst schwer tut, unser Buch wahrzunehmen, geschweige denn, sich mit ihm inhaltlich auseinanderzusetzen. Eine Ausnahme bildete bislang lediglich Wilfried Loth, der unser Buch ausführlich für die Zeitschrift "Geschichte und Gesellschaft" rezensierte. Daß die Zeitgeschichtsforschung ansonsten unsere Forschungsergebnisse als Provokation und Infragestellung liebgewonnener Mythen insbesondere über die Struktur und Funktionsweise des NS-Herrschaftssystems und über die Widerstandsfähigkeit des deutschen Volkes zu empfinden scheint, zeigt sich daran, daß es uns trotz intensiver Bemühungen nicht gelang, zwei auf unseren Forschungen aufbauende Manuskripte zur Gestapo und zum Resistenz-Begriff in der Widerstandsforschung in verschiedenen angesehenen westdeutschen Fachzeitschriften zu platzieren. Die gewichtigsten Einwände der Kritik richteten sich gegen unsere differenzierte Sicht der Gestapo und unsere Attacken gegen den Resistenz-Begriff. Während Wilfried Loth zurecht erkannte, daß unsere Korrekturen am Bild der Gestapo "weitreichende Konsequenzen für die Gesamtinterpretation des Systems" haben werden¹⁶, und Joachim Heinz erschrak "über das Ausmaß gesellschaftlicher Akzeptanz des Regimes und des 'Sich-Einlassens', des Ausnutzens der Terrorinstanzen des Regimes für eigene Rechnungen"¹⁷, unterstellte uns Manfred Weißbecker, durch die Betonung der breiten

Denunziationsbereitschaft "das terroristische Wesen der NS-Herrschaft zu relativieren und die Effizienz ihrer Gewaltausübung zu bestreiten"¹⁸. Ähnliche Einwände machte Dieter Knippschild in der IWK geltend. Für Hans Horch und die österreichische Historikerzeitschrift "historicum" waren wir mit unserer Neubewertung von Dissens, Verweigerung und Ungehorsam über das Ziel hinausgeschossen, wenn auch Horch explizit begrüßte, den Mythos von der Widerständigkeit des saarländischen Volkes gebrochen zu haben¹⁹. Wilfried Loth ging in seiner Rezension über unsere noch vorsichtig-verhaltene Sichtweise der NS-Politik als einer "braunen Kulturrevolution der Köpfe" hinaus, indem er betonte, daß diese durchaus reale Veränderungen für die Menschen gebracht und "wesentliche Schritte zur Implementierung des modernen Sozialstaates" eingeleitet habe.

In welcher Weise unsere Forschungsergebnisse langfristig die Sicht des NS-Herrschaftssystems und die Widerstandsforschung beeinflussen werden, lassen diese erste Reaktionen noch nicht erkennen. Verschiedene Colloquien, Tagungen und Seminare werden sich in den kommenden Monaten explizit mit unseren Forschungen beschäftigen und sie in die zeitgeschichtliche NS-, Widerstands- und Saarforschung einzuordnen versuchen. Ein Stein ist ins Rollen gekommen, von dem wir noch nicht wissen, wo er ankommt.

5. ANMERKUNGEN

¹ Martin Broszat: Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 293 - 306.

² Alf Lüdtke: Wo blieb die "rote Glut"? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus, in: ders. (Hrsg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a. M. - New York 1989, S. 224 - 282.

³ Rainer M. Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371 ff.; ders.: Extremer Nationalismus, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966.

⁴ Gerhard Paul: Die NSDAP des Saargebietes (1920 - 1935). Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987; Klaus-Michael Mallmann/Horst Steffens: Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989.

⁵ Klaus-Michael Mallmann: "Deutsch die Saar immerdar, wär sie nur wieder, was sie vorher war." Arbeiteropposition und proletarischer Widerstand gegen das Dritte Reich im Saargebiet, in: Arbeitnehmer 33 (1985), S. 337 - 344; Gerhard Paul: Verweigerung und Protest in der "Volksgemeinschaft". Der Frankenholzer Schulstreik und die Grenzgängerdemonstrationen im Warndt 1937, in: Zehn statt tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar 1935 - 1945, Saarbrücken 1988, S. 147 - 158.

⁶ Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul/Ralph Schock: Die saarländische Sphinx. Lesarten einer Regionalgeschichte, in: K.-M. Mallmann/G. Paul/R. Schock/R. Klimmt (Hrsg.): Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815 - 1955, Saarbrücken 1987, S. 269.

⁷ Gerhard Paul: Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert 1987; Klaus-Michael Mallmann/Ralph Schock: "Unsere Heimat ist heute vor Madrid..." Saarländer im Spanischen Bürgerkrieg, in: K.-M. Mallmann/G. Paul/R. Schock/R. Klimmt: Richtig daheim waren wir nie, S. 178 - 183.

⁸ Heinz Hürten: Deutsche Katholiken 1918 - 1945, Paderborn-München-Wien-Zürich 1982, S. 537f.

⁹ Max Klinger (i. e. Curt Geyer): Eine revolutionäre Schlacht, in: Zeitschrift für Sozialismus 2 (1935) 17, S. 529; Deutschland-Berichte der Sopade 1934 - 1940, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1980, S. 119.

¹⁰ Saarbrücker Landeszeitung vom 24.4.1934.

¹¹ Vgl. Ludwig Linsmayer: Politische Kultur im Saargebiet 1920 - 1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, Saarbrücken 1992.

¹² Max Braun: Durch Einigkeit zur deutschen Freiheit, in: Deutsche Freiheit/Paris vom 3.12.1937.

¹³ Hierzu ausführlicher Klaus-Michael Mallmann: Gestapo und Widerstand (Beiträge zur Regionalgeschichte 11), St. Ingbert 1992.

¹⁴ Deutsche Literaturzeitung 113 (1992) 11/12, S. 746.

¹⁵ Saarbrücker Hefte (1992) 67, S. 26.

¹⁶ Geschichte und Gesellschaft 19 (1993) 2.

¹⁷ Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 43 (1993).

¹⁸ Deutsche Literaturzeitung 113 (1992) 11/12, S. 748.

¹⁹ historicum (1991) 27.

6. VERÖFFENTLICHUNGEN AUS DEM KONTEXT DES FORSCHUNGSPROJEKTES

Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1933 - 1945, Bd. 1), Bonn 1989.

Gerhard Paul: "Saarvolk höre!" Publizistischer Exilwiderstand der Forbacher Grenzstellen von KPD und SPD und der Metzger "Saarvolksfront" (1935 - 1939), in: Michel Grunewald/Frithjof Trapp (Hrsg.) Autour du "Front populaire allemand" (1933 - 1940), Bern-Frankfurt a.M.-New York-Paris 1990, S. 221 - 234.

Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul: Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich. Unter Mitarbeit von Hans-Henning Krämer (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1933 - 1945, Bd. 2), Bonn 1991.

Gerhard Paul: Die "Deutsche Freiheit" (1937 - 1939). Sprachrohr der "sozialistischen Konzentration" und des "militanten Humanismus", in: Hélène Roussel/Lutz Winkler (Hrsg.): Deutsche Exilpresse und Frankreich 1933 - 1940, Bern-Frankfurt a.M.-New York-Paris-Wien 1992, S. 199 - 206.

Ders.: Die Zauberformel vom vereinten Europa. Europaideen der deutschen Sozialdemokratie zwischen patriotischem Kalkül und sozialistischer Träumerei, in: Max Braun. Ein früher Europäer. Festschrift der SPD-Saar zum 100. Geburtstag, Saarbrücken 1992, S. 19 - 30.

Ders.: Max Braun - militanter Republikaner und früher Europäer. Eine Einführung in sein Denken, in: Max Braun. Ein früher Europäer. Festschrift der SPD-Saar zum 100. Geburtstag, Saarbrücken 1992, S. 19 - 30.

Klaus-Michael Mallmann: Gestapo und Widerstand (Beiträge zur Regionalgeschichte, 11) St. Ingbert 1992.

Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul: Gestapo - Mythos und Realität, in: Bernd Florath/Armin Mitter/Stefan Wolle ((Hrsg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 100 - 110.

Dies.: Alles nur "schöner Schein" im deutschen Faschismus? Zur Bedeutung von Propaganda, ästhetischer Inszenierung und Sozialpolitik aus der Perspektive der regionalen NS-Forschung, in: Sozialwissenschaftliche Informationen 21 (1992) 2, S. 125 - 131.

Dies.: Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993) 2, S. 99 - 116.

Dies.: Omniscient, omnipotent and omnipresent? Gestapo, Society and Resistance, erscheint 1993 in einem von David Crew herausgegebenen Sammelband zur NS-Forschung im Londoner Verlag Routledge Press.

Dies.: Allwissend, allmächtig, allgegenwärtig? Gestapo, Gesellschaft und Widerstand, erscheint 1993 in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.

Gerhard Paul: Josef Bürckel. Der rote Gauleiter, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite und ihre Helfer, Darmstadt 1993.

Ders.: Saarkampf / Status quo, erscheint 1993 in dem von Wolfgang Benz/Walter A. Pehle herausgegebenen Lexikon des deutschen Widerstandes im Frankfurter S. Fischer-Verlag.

Ders.: Der Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront/ Lutetia-Kreis, ebd.

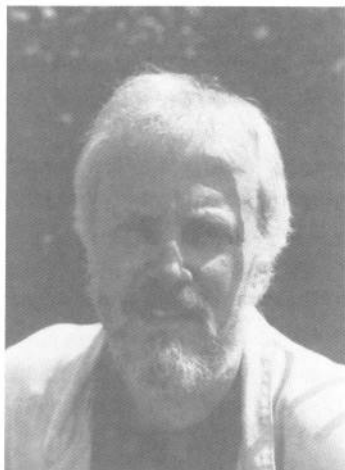
Ders.: Dissens und Verweigerung im Alltag, ebd.

Ders.: Konzentration oder Kartell? Das gescheiterte Projekt der sozialistischen Eini-gung im Pariser Exil 1938, erscheint 1993 in einem von Helga Grebing / Christel Wickert herausgegebenen Sammelband zur Exilforschung.

Klaus-Michael Mallmann: "Kreuzritter des antifaschistischen Mysteriums". Zur Erfahrungsperspektive des Spanischen Bürgerkrieges, ebd.

Ders.: Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, erscheint 1993/94 in Geschichte und Gesellschaft.

7. DER AUTOR



Gerhard Paul, geboren 1951 in Biedenkopf/Lahn, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie an den Universitäten Bonn, Frankfurt a. M. und Hannover, 1975 - 1981 Referent für politische Jugendbildung beim Deutschen Volkshochschulverband, 1984 Promotion zum Dr. rer. pol., 1984 - 1992 Forschungsprojekt "Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935", 1990 Habilitation, Hochschullehrer, verheiratet, drei Kinder, lebt in Wennigsen am Deister.

Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus

"Deutsche Mutter - heim zu Dir!" Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933 - 1935, Köln 1984.

Die NSDAP des Saargebietes. Der Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987.

Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert 1987².

Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1991²; Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler, Bonn 1989 (zusammen mit Klaus-Michael Mallmann).

Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991 (zusammen mit Klaus-Michael Mallmann).

Zahlreiche weitere Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus und zur Saargeschichte.



Lieferbare Titel • Beiträge zur Regionalgeschichte, je 3,- DM

- | | |
|--|---|
| ☐ <i>Steinmetz, Evi</i> | Die steinernen Zeugen - Denkmäler aus St. Ingberts industrieller Vergangenheit |
| ☐ <i>Stark, Gislinde / Lauer, Hans</i> | Von Stein zu Stein, Grenzsteine im Raum St. Ingbert |
| ☐ <i>Kell, Eva</i> | Lauter verfluchte Neuerungen - Waldfrevel und Forstunruhen im 18. Jahrhundert |
| ☐ <i>Mallmann, Klaus-Michael</i> | Gestapo und Widerstand |
| <hr/> | |
| ☐ <i>Wolfanger, Dieter</i> | Das Schicksal saarländischer Juden unter der NS-Herrschaft (erscheint November 1992) |
| ☐ <i>Braß, Christoph</i> | Rassismus nach innen - Erbgesundheitspolitik und Zwangssterilisation (erscheint Januar 1993) |
| ☐ <i>Krämer, Hans-Henning</i> | Der Feind als Kollege - Kriegsgefangene und ausländische ZwangsarbeiterINNEN (erscheint Februar 1993) |
| ☐ <i>Bies, Luitwin</i> | Widerstand aus dem katholischen Milieu (erscheint April 1993) |
| ☐ <i>Paul, Gerhard</i> | Widerstand an der Saar - Bilanz eines Forschungsprojektes (erscheint Mai 1993) |
| ☐ <i>Moses, Gerhard A.</i> | Die NSDAP und der Nationalsozialismus in St. Ingbert (erscheint Juni 1993) |

Sonderhefte, je 15,- DM

- | | |
|--|---|
| ☐ <i>Staudt, Michael</i> | 1909 - Ein Jahr im Leben der Stadt St. Ingbert |
| ☐ <i>Barmbold, Sigrid / Staudt, Michael</i> | Die Roten im schwarzen Eck - Die Anfänge der Sozialdemokratie im Raum St. Ingbert 1889 - 1919 |
| ☐ <i>Steinmetz, Evi / Krick, Hans-Werner</i> | Die Steinkohlengrube St. Ingbert nach 1816 (erscheint 1. Halbjahr 1993) |

Blickwinkel, 10,- DM

- | | |
|---|--|
| ☐ <i>Heinz, Joachim</i> | „Die Hunde der Herren führen ein schöneres Leben als ihr“ Hans Böcklers gewerkschaftliche Tätigkeit an der Saar 1903-1907. Kommentierte und bebilderte Reprintausgabe der Böcklerschen Werbeschrift „Es werde Licht!“ aus dem Jahr 1906 (Beiträge zur Regionalgeschichte, Blickwinkel 1) St. Ingbert 1992. |
|---|--|

alle Reihen werden fortgesetzt

Kalender

- | | |
|--|--|
| ☐ <i>Industriearbeiter vor Ort</i> | Kommentierter Bildkalender für das Jahr 1992, nur noch wenige Restexemplare, 15,- DM |
| ☐ <i>Lebenselement Verein</i> | Das St. Ingberter Vereinswesen als Zentrum der freien Zeit Historischer Bild- und Lesekalender für das Jahr 1993 |
| ☐ <i>Gesundheit!</i> | Bildkalender für das Jahr 1993 mit historischen Motiven aus dem Bereich der Krankenversorgung und Gesundheitsfürsorge in der Saarregion, 15,- DM |

17 2

Beiträge
zur
Regionalgeschichte

17

BRAUNE JAHRE - WIE DIE BEVÖLKERUNG AN DER SAAR DIE NS-ZEIT ERLEBTE

Gerhard Paul

**Widerstand an der Saar -
Bilanz eines Forschungsprojektes**

